

Auszug aus der Veranstaltung 1982:

---

## INTEGRATIONSHILFEN IN INNSBRUCK?

Veranstaltung zur **Lebens- und Betreuungssituation Behinderter in Innsbruck**

Ort: Arbeiterkammersaal, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck

Zeit: 12. November 1982, 20 Uhr

Prgramm: Film „Behindert ist, wer Hilfe braucht“ der Vereinigung Integratiom Förderung München über deren mobilen Betreuungsdienst für Behinderte.  
Kurzreferat von Mitarbeitern der Vereinigung Integrationsförderung.  
Kurzreferat von Mitarbeitern der Initiativgruppe Innsbruck über die Lebenssituation Behinderter in Innsbruck und die bisherigen Verhandlungen der Initiativgruppe mit Vizebürgermeister Niescher über behindertengerechte Wohnungen und einen mobilen Betreuungsdienst. Anschließend Diskussion.  
Initiativgruppe Behinderter und Nichtbehinderter Innsbruck

---

Der bei der Veranstaltung gezeigte Film der VIF-München „Sind Heime überflüssig“ – 1982 – ist hier zu finden:

<https://www.youtube.com/watch?v=TrkSJOdDCqw>

Argumentation von Hofrat Huber, dem Leiter der Abt. Va der Tiroler Landesregierung:

HUBER: Meine Damen und Herren! Ich darf also zu der aufgeworfenen Frage wie folgt Stellung nehmen: Es ist zweifellos so, wie der Herr Dr. Schönwiese vorhin festgestellt hat, daß gewisse gewachsene Strukturen - wenn ich das so benennen darf - vorhanden sind, die also in die Richtung weisen oder gewiesen haben, daß wir zu wenig mobile Einrichtungen haben. Das ist eine vollkommen unbestrittene Tatsache. Und ich pflichte ihm und den anderen vollkommen bei, daß es sicherlich Wunschziel wäre, Einrichtungen zu schaffen, mobile Einrichtungen zu schaffen, die natürlich weit besser für die Integration, für die Integrations-Gedanken geeignet sind.

Die Situation ist folgende: Es ist derzeit im Endstadium die weitere Überarbeitung des Behinderten-und Pflegebeihilfengesetzes in Tirol. Es wird also die Gesetzesvorlage, wie wir hoffen, zu Beginn nächsten Jahres in den Landtag kommen. Wir hätten klarerweise sowohl mit dem derzeitigen Gesetzesinstrument des Behindertengesetzes - als auch mit dem kommenden - die Möglichkeit, Aktivitäten, Alternativen, wie sie es nennen, zu finanzieren. Es ist gerade auffallend, daß natürlich diese Dienste - und das, glaube ich, ist

kostenmäßig - und das ist ja auch ein springender Punkt - wobei ich ihnen vollkommen recht gebe, daß es nicht der primäre springende Punkt ist, sondern in erster Linie natürlich die menschenwürdige Betreuung im Vordergrund stehen muß - aber der Kostengrund natürlich auch der wäre, daß u. U. sogar eine billigere, kostengünstigere Betreuung zu erzielen wäre. Die Aktivitäten von Seiten des Amtes müssen sich aber insofern einschränken, als wir ja in Tirol das Konzept folgendermaßen ausgerichtet haben: Die Betreuung der Behinderten erfolgt mehr oder weniger im autonomen Bereich, wenn ich den so benennen darf. Also, man hat also sich verschiedener Organisationen - äh - beschafft, hat also Lebenshilfe, insbesondere Caritas, Seraphisches Liebeswerk seit Jahren eingesetzt und beauftragt in dieser Richtung also tätig zu werden. Aus dieser Bestrebung heraus sind natürlich jetzt diese Strukturen gewachsen. Wir haben also wie sie es nennen - eine gewisse Gettoisierung da. Das ist unbestritten. Und nunmehr kommt man darauf, daß also diese Alternativen menschenwürdiger wären, sogar eben kostengünstiger wären. Um auf ihre Frage endgültig zu antworten, wäre zu sagen, daß selbstverständlich diese Aktivitäten von Seiten des Landes unterstützt werden, daß wir aber mit der Crew, die sozusagen von der öffentlichen Hand, von der Bediensteten-Seite zur Verfügung steht, diese Aktivitäten nicht durchführen können

(Zwischenfrage: Sind zu wenig Leute da?)

Wir haben im Bereich des Landes Tirol eine eigene Behinderten-Betreuung im Rahmen eines Sozialberatungsdienstes. Da sind also ein Herr und drei Damen tätig. (Lachen) ..., die also im Sozialberaterbereich - bitte wenn ihnen der Ausdruck "Damen" nicht behagt, dann würd' ich sagen, es sind 3 Sozialberaterinnen und ein Herr, ein Sozialberater tätig. Es sind sehr engagierte Leute, die sich also sehr wohl im Rahmen von Freizeitgruppen, Elternabenden bemühen; allerdings nur abgesteckt auf eine bestimmte Zahl der behinderten Menschen, wobei natürlich hervorzuheben ist, daß eine weitgehendere Betreuung einen doch sehr weitgehenden Personalaufwand erfordern würde. Und ich bin nicht Personal-Referent der Tiroler Landesregierung.- Gott sei Dank nicht - aber ich glaube, es wäre utopisch zu glauben, daß wir jetzt aufgrund neuer Initiativen - vom öffentlichen Stellenplan wohl gemerkt ausgehend - die entsprechende Aufstockung bekämen. Man müßte also das zweifellos so machen, wie das Beispiel in München zeigt, daß man - von Vereinsbasis ausgehend - Aktivitäten stützt und unterstützt und fördert, um damit diesen autonomen Bereich möglichst breit zu gestalten.

.....

HUBER: Als direkt Angesprochener möcht' ich mich dazu äußern. Ich bin also nicht Politiker des Landes, das möcht' ich noch einmal klarstellen, sondern ein geliebter Vertreter, wenn sie so wollen, ihrer Bürokratie. Und nachdem das Amt der Landesregierung direkt angesprochen worden ist, möcht' ich dazu

folgendes sagen: Es ist natürlich die sogenannte Pflegebeihilfe eine Leistung, die im Hoheitsbereich - wie wir in der Verwaltung sagen - erteilt wird. Dazu ist es gesetzlich zwingend notwendig, daß sich der Betroffene einer ärztlichen Untersuchung unterzieht. Ich muß also dazu sagen - ohne ihren Fall jetzt konkret zu kennen - daß man diese Beurteilung der Pflegebedürftigkeit dem ersteren Sachverständigen, dem Amtsarzt überläßt. Er muß im Gutachten angeben, ob dieser behinderte Mensch, in dem Falle also die Pflegebedürftigkeit gegeben ist. Ja oder nein. Jeder bekommt dann natürlich volle Akteneinsicht. Er kann sich dagegen zur Wehr setzen und kann sagen: Aus diesem oder jenem Grunde wäre also das Gutachten falsch. Und dann wird neuerlich ein Gutachten - zumeist auf der Universitäts-Klinik eingeholt. Das wäre nur der abstrakte Vorgang. Und wenn sie nunmehr sagen, daß ihr Antrag abgewiesen worden ist, dann nur deshalb, weil eben dieser Amtsarzt in ihrem Falle die Pflegebedürftigkeit vernein hat.

Ich möchte aber davor noch zum Herrn aus München Stellung nehmen. Und zwar: Es ist oft schon so - ich bin jetzt nicht in der Lage, sozialpolitische Erklärungen abzugeben. Aber eines kann ich feststellen: Daß wir in Tirol sicherlich in einer Zeit des Überdenkens, der Wende angelangt sind. Aber natürlich jetzt zwei Schwierigkeiten haben. Auf der einen Seite die - von ihnen zum Teil ein bißchen apostrophierten und ein bißchen geschmähten - etablierten Einrichtungen, wenn ich das so benennen darf, die natürlich auch sehr viel Positives geleistet haben und auch noch leisten - das möcht' ich schon dazusagen. Aber klarerweise, wie bereits aus der Formulierung "Etablierung" hervorgeht, eine Eigendynamik entwickeln, die - das gebe ich gerne zu - nicht immer zum reinen Vorteil des betroffenen Menschen ausgehen. Es wäre uns - und da denken sehr viele gleich wie sie - sehr viel lieber, wenn wir also ambulante Dienste in der entsprechenden Anzahl haben und fördern könnten. Und ich darf auch auf ihre Worte bezugnehmen: Ich glaube, es wäre der vollkommen falsche Weg, wenn wir hergingen und den öffentlichen Dienst durch die Auspolsterung entsprechender Planstellen sozusagen in die Lage versetzen würden, um da diese Dienste allenfalls anzubieten. Wir stellen uns in Tirol, im Bereich unseres Bundeslandes eine ganz andere Vorgangsweise vor. Wenn sie wollen, nach dem Slogan "Small is beautiful": Wir wollen also hergehen und sagen: Nicht von einer Zentrale aus Dienste zu dirigieren, sondern wir wollen hergehen, aus einer bestimmten Organisationseinheit her, aus einem überschaubaren Raum sozusagen, die dort betroffenen Menschen betreuen. Wir haben dafür also diesen sogenannten "Gesundheits- und Sozialsprengel der also doch sehr weitgehend auch bereits im ländlichen Raum zu wachsen beginnt. Wobei ich mit aller Deutlichkeit hervorhebe, daß also dieser Gedankengang nicht von oben nach unten so quasi "dekretiert" wird, sondern der muß sich entwickeln. Und wir würden also auf der Landesebene uns vorstellen, daß man diese Entwicklungen fördert. Und ich gebe ihnen

weitere in einem Punkt recht: Es soll nicht nunmehr der Eindruck entstehen, daß man sämtliche Bewegungen nunmehr zurück gibt in den Verantwortungsbereich der Familie, soweit sie überhaupt vorhanden ist. Es sollte der Verantwortungsbereich klarerweise angesprochen werden, er muß angesprochen werden. Ob sie das jetzt Selbsthilfe nennen oder Nachbarschaftshilfe nennen, ist ganz gleichgültig. Man muß aber, glaube ich, sehr wohl differenzieren in der Art der zu erbringenden Leistung. Soweit es punktuelle Leistungen sind - ob im Pflegebereich für einen alten Menschen oder für einen behinderten Menschen - das ist ganz klar, daß man nur dann punktuell den Nachbar einmal zur Hilfe nehmen kann, wenn er weiß: "Also gut, ich muß heute oder morgen einmal einspringen und ich versorge ihn übers Wochenende." Wenn ich aber davon ausgehe, - und ich muß ja davon ausgehen, insbesondere bei der Betreuung des behinderten Menschen, daß er ja wie sie richtig sagen und es im Film ja mehrfach zum Ausdruck gekommen ist - daß er also Tag und Nacht, rund um die Uhr Betreuung bedarf. Und da brauchen wir - und können nur sozusagen "Professionals" gebrauchen, die also ständig zur Verfügung stehen. Die müssen da sein. Da geht es nicht darum, daß für bestimmte Zeiten diese Leistungen erbracht werden.